

ALLGEMEINE MANDATSBEDINGUNGEN DER RECHTSANWÄLTE KÜHNEL, ROSENMÜLLER & KOLLEGEN

§ 1 Geltungsbereich

Die Mandatsbedingungen gelten für alle Verträge, deren Gegenstand die Erteilung von Rat und Auskünften durch die Rechtsanwälte an den Mandanten einschließlich etwaiger Geschäftsbesorgung, Vertretung und Prozessführung ist. Für das jeweilige Mandat ist die zum Zeitpunkt der Auftragserteilung geltende Fassung der allgemeinen Mandatsbedingungen maßgeblich.

§ 2 Vertragsgegenstand

Die Bearbeitung von Mandaten wird durch die berufsrechtlichen Regelungen der BORA und der BRAO festgelegt.

Soweit nicht anders ausdrücklich vereinbart, bezieht sich das Mandat nur auf die Prüfung deutschen Rechts. Eine steuerliche Beratung oder Prüfung ist von den Anwälten nicht geschuldet. Die Anwälte sind zur Einlegung von Rechtsbehelfen aller Art nur verpflichtet, wenn sie einen darauf gerichteten ausdrücklichen Auftrag erhalten und diesen angenommen haben.

§ 3 Schweigepflicht; Datenschutz

Die Rechtsanwälte unterliegen der Schweigepflicht gem. den gesetzlichen Bestimmungen.

Die Rechtsanwälte unterliegen der Datenschutzgrundverordnung und den deutschen Datenschutzgesetzen. Wegen der Erhebung und Speicherung von Daten, der Weitergabe an Dritte und Ihren Betroffenenrechten verweisen wir auf die beigefügten Hinweise zur Erfüllung der Informationspflichten gem. Art. 13, 14 DSGVO.

§ 4 Tätigkeiten in der Zwangsvollstreckung

Bei anwaltlichen Tätigkeiten im Rahmen der Zwangsvollstreckung kann im Einzelfall ein Vollstreckungsvergleich in Frage kommen. Die Anwälte geben den Hinweis, dass freiwillige Zahlungen des Schuldners in Krisenfällen über einen längeren Zeitraum angefochten werden können als vollstreckte Beträge. Insofern ist der Abschluss eines solchen Vollstreckungsvergleiches für den Mandanten mit einem erhöhten Anfechtungsrisiko verbunden. Die Anwälte sind wegen der mit solchen Vergleichen zugleich verbundenen Befriedigungschance dennoch berechtigt, Vollstreckungsvergleiche nach billigem Ermessen abzuschließen.

§ 5 Hinweis auf Prozessfinanzierung

Die Anwälte geben den weiteren Hinweis, dass in geeigneten Fällen die Möglichkeit besteht, eine Prozessfinanzierung zu vereinbaren und hierdurch das Kostenrisiko zu senken.

§ 6 Haftungsbegrenzung

Soweit nicht einzelvertraglich anders vereinbart, wird die Haftung der Rechtsanwälte aus dem Vertragsverhältnis für einfache Fahrlässigkeit auf **1.000.000,00 EUR** beschränkt.

§ 7 Salvatorische Klausel

Sofern einzelne der vorstehend Bestimmungen unwirksam sind oder werden sollten, berührt dies nicht die Wirksamkeit der Mandatierung als solche und lässt auch die Wirksamkeit der übrigen allgemeinen Mandatsbedingungen unberührt.

HINWEISE ZUR DATENVERARBEITUNG DER RECHTSANWÄLTE KÜHNEL, ROSENMÜLLER & KOLLEGEN

Diese Hinweise dienen zur Erfüllung der Informationspflichten, die sich bei Mandatsbeginn aus Art. 13 und 14 DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) ergeben.

- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie Forderungsdurchsetzung;

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch Verantwortlicher: Kühnel, Rosenmüller & Kollegen Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft (im Folgenden: RAe Kühnel, Rosenmüller und Koll.), Berliner Straße 117, D-10713 Berlin, Deutschland
Email: krsh@krsh.de,
Telefon: +49 (0) 30 – 8966880,
Telefax: +49 (0) 30 – 896688100

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der Kanzlei Kühnel, Rosenmüller und Koll. ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Herrn Jan Bretschneider, beziehungsweise unter datenschutzbeauftragter@krsh.de erreichbar.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung,

- Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an datenschutzbeauftragter@krsh.de